

Die aktuellen Aufgaben der Kommunisten und der Kampf für Sozialismus

Beitrag von Heinz Stehr, DKP
Internationales kommunistisches Seminar
Brüssel. 18. bis 20. Mai 2012

Die aktuelle Situation in EU-Europa und in Deutschland ist von den Auswirkungen einer großen Krise gekennzeichnet. Diese Krise des Kapitalismus führt zu dramatischen weltweiten Katastrophen, wie es vor allem die Nahrungsmittel- und ökologischen Krisen in den ärmsten Ländern zeigen. Neue Kriege werden öffentlich geplant, auch in den Regionen, in denen potentiell Beteiligte wie Israel über Atomwaffen verfügen. In Europa erleben wir die dramatische Vernichtung von Lebensgrundlagen für größere Teile der Bevölkerung Griechenlands. Auch in der Darstellung der bürgerlichen Medien wird dies als ein Anfang mit möglichen weiteren Folgen für Spanien, Portugal und weitere Länder EU-Europas gesehen.

Die Genossen der KKE hatten vor einiger Zeit ein Riesentransparent an der Akropolis aufgehängt. Dort stand: „Peoples of Europe rise up!“ Das war völlig richtig und hätte ein Signal zu europaweiten Aktionen sein können. Die Frage ist warum kommt es nicht zu entsprechenden politischen Aktionen der Arbeiterklasse und mit ihr verbündeter Schichten? Was sind die Faktoren, die einen breiten nationalen, einen EU-europaweiten Widerstand und eine weltweite Vernetzung von Bewegungen so schwierig machen?

Ein Faktor ist sicherlich, dass der Krisenverlauf unterschiedlich ist.

In der BRD werden einige Krisenauswirkungen kompensiert mit Lohn- und Gehaltskürzungen und Sozialabbau. Dieser reaktionäre Umbau hat bisher den Nerv der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung noch nicht in dem Maße getroffen, dass es zu einem umfassenden Widerstand gekommen ist. In der Regel wehren sich die direkt Betroffenen. Zurzeit finden Kämpfe für höhere Löhne und Gehälter statt. Die Beteiligung an den Aktionen der Belegschaften und Gewerkschaften wächst. Antikapitalistische Inhalte werden deutlich stärker hörbar. Es wird eine Umverteilung von oben nach unten gefordert. Die Verursacher der Krise werden präziser benannt. Aber die notwendige Verbindung mit dem Politischen Kampf für reale Alternativen und Perspektiven zu diesem Kapitalismus steht für größere Teile der Bewegten noch nicht auf der Tagesordnung. Die Bedrohung wird noch nicht als existenziell für größere Teile der Arbeiterklasse empfunden. Noch wirkt die auch über die Medien verbreitete Sicht der Hoffnung auf eine positive Wendung im Rahmen des Kapitalismus.

Eine weitere Desorientierung ist bedingt durch die Zunahme von fremdenfeindlichen, nationalistischen, chauvinistischen und rassistischen Darstellungen. Fast täglich wird von Politikerinnen und Politiker über die Medien propagiert, behauptet, dass die Griechen zu faul wären, das Deutschland für die Völker Europas Zahlmeister sein müsse und die angeblichen hohen Kosten für die verschiedenen Krisenfonds die Schulden der öffentlichen Haushalte mit verursache. Diese Behauptungen verfangen auch deswegen, weil sie anknüpfen können an reaktionäres Gedankengut, aus der Zeit des Faschismus, das niemals wirklich aufgearbeitet wurde.

Zurzeit ist es so, dass die Exportbranche in der BRD boomt, während die binnenmarktorientierten Konzerne und Betriebe, der Handel und das Handwerk offensichtlich in einem weit stärkeren Maße von den Auswirkungen der Krise betroffen sind. Da Deutschland nach wie vor ein stark exportorientiertes Land ist, werden durch diesen anhaltenden Wachstumsprozess im Export Krisenauswirkungen aufgefangen.

Als Marxistinnen und Marxisten sind wir einer realistischen Analyse verpflichtet. Sie kann nur in der Feststellung bestehen dass der Kapitalismus transnationaler Prägung noch nicht erschöpft ist. Diese Tatsache drückt sich auch in der tatsächlichen Entwicklung des Massenbewusstseins der Arbeiterklasse und mit ihr verbündeter Schichten und Klassen aus. Einerseits gibt es deutlich mehr Antikapitalismus, wenn es um die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse geht. Zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland empfinden die Verhältnisse als ungerecht. 70 Prozent sind gegen den Afghanistankrieg. Bei der letzten Landtagswahl in Schleswig-Holstein nahmen 40 Prozent nicht mehr daran teil, auch weil nicht wenige von ihnen keine Veränderungsmöglichkeiten in diesem parlamentarisch verfassten System sehen. Es gibt eine zunehmende Labilität der gesellschaftspolitischen Verhältnisse. Teilweise bricht das Vertrauen in dieses parlamentarisch verfasste Parteiensystem.

Andererseits fehlen bei der großen Mehrheit deutliche Vorstellungen über Alternativen und Perspektiven. Die Durchsetzung eines progressiven Politikwechsels wird noch nicht für möglich gehalten.

In dieser Situation sehen wir zwei Entwicklungsmöglichkeiten: In der BRD ist deutlich eine Tendenz hin zu nationalistischen, reaktionären politischen Konzepten zu erkennen. Nach Untersuchungen haben über 20 Prozent der Bevölkerung entsprechende Vorstellungen. Die andere tendenziell mögliche Tendenz, ist jene zu einem Politikwechsel zu progressiven Reformen, die auch teilweise mit einem Kampf für antimonopolistische Umwälzungen und einer Perspektive für ein anderes Gesellschaftssystem, z. B. dem Sozialismus, verbunden werden könnte. Welche dieser Positionen sich durchsetzen wird, ist offen.

Die DKP betont in dieser Situation ihre programmatische Konzeption, die darin besteht, die aktuellen Abwehrkämpfe mit Vorstellungen zu Alternativen und zu einer sozialistischen Perspektive zu verbinden. Dabei ist die Eigentumsfrage eine zentrale Achse, um die Argumentationen, aber auch Aktionen entwickelt werden müssen. Außerdem betonen wir, dass es notwendig ist, die Kämpfe von vor Ort, im Betrieb, mit jenen in den Regionen, im nationalen und im internationalen Maßstab zu verbinden. Um dort, wo es möglich ist, auch zu vernetzten Aktionen zu gelangen.

Die Entwicklung in der EU, aber auch in anderen Regionen dieser Erde zeigen, wie sehr heute die unterschiedlichen Kampfebeneen miteinander verbunden sind und entsprechend auch bearbeitet werden müssen. Die DKP betont die Notwendigkeit der Entwicklung von Aktionseinheits- und Bündnispolitik auf allen Ebenen. Es ist eine Herausforderung dieser Zeit, die Politik nicht nur vor Ort, sondern im internationalen Maßstab zu denken, entsprechende Konzeptionen zu entwickeln und danach zu handeln.

Eine zentrale Herausforderung für die DKP bleiben klassenorientierte Aktivitäten mit und in den Gewerkschaften, aber auch in anderen sozialen Bewegungen und Vernetzungen. Das gilt für alle Ebenen des Kampfes.

Aus diesen Überlegungen resultieren die Vorschläge der DKP, ein kommunistisches Netzwerk, z. B. zunächst auf der Ebene der Europäischen Union zu organisieren. Dieses Netzwerk wird nur dann funktionieren, wenn es zwischen allen Partnern eine gleichberechtigte Zusammenarbeit gibt, die eine Einmischung in andere Parteien ausschließt. Solidarische Zusammenarbeit benötigt kein neues Zentrum

Aus der politischen Strategie der DKP ergibt sich die Mitarbeit der DKP als beobachtende Partei in der Europäischen Linken. Wir erhalten Impulse aus internationalen Erfahrungen oder aus der konkreter Zusammenarbeit, so z. B. aus der bewährten Vier-Parteien-Zusammenarbeit mit den Parteien aus den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, aber auch aus unserer Mitarbeit in der Europäischen Linken, und aus der internationalen Zusammenarbeit z.B. mit der PC Kubas und mit anderen Parteien. Aktuell sind für uns konkrete Schlussfolgerungen und Erfahrungen unserer Genossinnen und Genossen aus den arabischen Staaten und Nordafrikas von großem Nutzen.

Die DKP hat sowohl in ihrer Programmatik als auch in vielen anderen Dokumenten ihre Vorstellungen eines Weges zum Sozialismus und für wesentliche Inhalte einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft dargestellt. Wir sind fest davon überzeugt, dass es letztendlich keine Alternative zur Entwicklung des Sozialismus/Kommunismus in der Zukunft gibt und dass die Durchsetzung des Sozialismus einen revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus erfordert. Wir nehmen zunehmend politische Veränderungen wahr, die darin bestehen, dass nach der Niederlage des europäischen Sozialismus 1990, offensichtlich auch eine Debatte um eine sozialistische Perspektive erneut möglicher wird. Das ist auch eine Ermutigung für den Kampf zur Stärkung unserer Partei und für den offensiveren Kampf für die einzig menschengerechte Zukunftsgesellschaft, den Sozialismus.